

	Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde ich/werden wir ihn auf Verlangen vorlegen.			
		ja	nein
Angabe, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet	Mein/Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt	<p>Ich erkläre, Wir erklären, dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB) - wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132 a STPO) - wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO) - rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen <ul style="list-style-type: none"> - Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) - Geldwäsche (§ 261 StGB) - Bestechung (§ 334 StGB) - Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) - Diebstahl (§ 242 StGB) - Unterschlagung (§ 246 StGB) - Erpressung (§ 53 StGB) - Betrug (§ 263 StGB) - Subventionsbetrug (§ 264 StGB) - Kreditbetrug (§265b StGB) - Untreue (§ 266 StGB) - Urkundenfälschung (§ 267 StGB) - Fälschung technischer Auszeichnungen (§ 268 StGB) - Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB) - wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§298 StGB) - Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB) - Brandstiftung (§ 306 StGB) - Bauegefährdung (§ 319 StGB) - Gewässer- und Bodenverunreinigungen (§§ 324, 234a StGB) - unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§326 StGB) <p>die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.</p> <p>Ich/Wir erkläre (n), dass ich/wir in den letzten Jahren nicht</p> <ul style="list-style-type: none"> - gem. § 21 Abs. 1 oder 2. i.V.m § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes
---	--

	<p>- § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch - §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes - § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind oder - gem. § 21 Abs. 1 i. V.m § 23 des Arbeitnehmerentsendegesetzes mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind.</p>
<p>Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.</p>	
<p>Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt ist, sowie sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen.</p>	<p>Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.</p>
<p>Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse vorlegen.</p>	
<p>Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.</p>	<p>Ich bin/Wir sind Mitglied <input type="checkbox"/> der Berufsgenossenschaft</p> <div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p>unter Nummer:</p> <div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p><input type="checkbox"/></p>
<p>Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.</p>	

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen der Eigenerklärungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorgelegt werden müssen.

Ebenfalls mit meiner Unterschrift bestätige ich den Erhalt des Informationsblattes nach Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO).

Datum und Ort

Unterschrift/Firmenstempel

Hinweis:

Bei Teilnahme am elektronischen Vergabeverfahren ersetzt die Textform (falls gefordert: die elektronische Signatur) die händische Unterschrift.

Verpflichtungserklärung des Bieters/ der Bietergemeinschaft

- Erklärung nach § 9 Absatz 1 VgG M-V: Auftrag im Bereich des Schienenpersonenverkehrs sowie des sonstigen öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober.2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr.1107/70 des Rates (ABl.L 315 vom 03.12.2007, S.1)

Mein Unternehmen verpflichtet sich, die bei der vertragsgegenständlichen Ausführung dieser Leistung Beschäftigten mindestens nach den Vorgaben eines im Bundesgebiet oder einem Teil davon für Ihre Branche einschlägigen und repräsentativen Tarifvertrages in der jeweils geltenden Fassung zu entlohnen. Die Pflicht zu höherer Entgeltzahlung aufgrund anderweitiger Regelungen bleibt hiervon unberührt.

Soweit mein Unternehmen Leistungen auf Nachunternehmer überträgt, verpflichtet es sich, dem Nachunternehmer die für mich geltenden Pflichten aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch den Nachunternehmer zu überwachen.

- Erklärung nach § 9 Absatz 4 bis 6 VgG M-V: Mindestlohn

Mein Unternehmen verpflichtet sich, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach § 9 Absatz 4 Satz 1, Absatz 6 Satz 1 VgG M-V bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 9 Absatz 4 Satz 1 und 2 VgG M-V in Verbindung mit der Mindest-Stundenentgelt-Verordnung maßgebliche Mindest-Stundenentgelt zu bezahlen. Die Pflicht zu höherer Entgeltzahlung aufgrund anderweitiger Regelungen bleibt hiervon unberührt.

Soweit mein Unternehmen Leistungen auf Nachunternehmer überträgt, verpflichtet es sich, dem Nachunternehmer die für mich geltenden Pflichten aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch den Nachunternehmer zu überwachen.

Ich bin mir /Wir sind uns bewusst, dass ein Angebot, das zum geforderten Zeitpunkt keine oder eine unvollständige oder ersichtlich falsche Erklärung enthält, zum Ausschluss des Bieters während des laufenden Vergabeverfahrens führt.

Mir ist bekannt, dass der Auftraggeber oder andere Stellen befugt sind, Kontrollen nach § 10 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 VgG M-V zur Einhaltung dieser Verpflichtungen durchzuführen und dabei Einsicht in die Entgeltabrechnungen, die zur Erfüllung des jeweiligen Auftrages eingesetzten Beschäftigten betreffen, sowie in die dem Auftragnehmer und seinen Nachunternehmern geschlossenen Verträge zu nehmen.

Landkreis Rostock

- Vergabestelle -

Die Beschäftigten sind auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Die ausführenden Unternehmen haben vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der o.a. Unterlagen bereitzuhalten und auf Verlangen dem öffentlichen Auftraggeber unverzüglich vorzulegen.

Firma:

Ort, Datum

Unterschrift/ Firmenstempel

Ebenfalls mit meiner Unterschrift bestätige ich den Erhalt des Informationsblattes nach Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO).

Hinweis:

Bei Teilnahme am elektronischen Vergabeverfahren ersetzt die Textform (falls gefordert: die elektronische Signatur) die händische Unterschrift.

Informationen

nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung	Ansprechpartner
Landkreis Rostock Der Landrat Am Wall 3-5 18273 Güstrow www.landkreis-rostock.de	10 Vergabestelle Frau Urgast Telefon: 03843 755 10020 E-Mail: marina.urgast@lkros.de
Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten	
Landkreis Rostock Datenschutzbeauftragter Am Wall 3-5, 18273 Güstrow	Telefon: 03843 / 755 - 30001 E-Mail: datenschutz@lkros.de

Zweck der Datenverarbeitung:

- Ausschreibungs- und Vergabeverfahren

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

- § 97 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ; § 31 Abs. 1 und 2 UVgO; § 6 Abs. 3 /VOB/A

Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten durch die betroffene Person:

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben, für einen Vertragsabschluss erforderlich oder die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten zur Antragsbearbeitung bereitzustellen.

Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung bzw. Zurückhaltung von personenbezogenen Daten sind:

Aufnahme in Bieterdatei sowie Beteiligung am Ausschreibungsverfahren nicht möglich

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

- ggf. diverse Planungs- und Ingenieurbüros

Geplante Datenübermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation

nein ja

Wenn ja, weitere Informationen gem. Art. 13 Abs. 1 lit. f) bzw. Art. 14 Abs. 1 lit. f) DS-GVO

Speicherdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:

Die Speicherdauer für die erhobenen Daten richtet sich unter Beachtung gesetzlicher, satzungsmäßiger oder vertraglicher Aufbewahrungsfristen nach Art. 5 Abs. 1 lit. e DS-GVO

Information zu Betroffenenrechten

Auf **Ihre Rechte** zu Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch bezüglich aller Ihrer verarbeiteten personenbezogenen Daten weisen wir Sie an dieser Stelle ausdrücklich hin. Rechtsgrundlagen hierfür sind die Art. 15 bis 21 DS-GVO.

Beruhet die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Sie haben das Recht Beschwerden beim Landesbeauftragten für Datenschutz zu erheben.

Postanschrift: Schloss Schwerin, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,

Tel.: 0385 / 59494-0 oder E-Mail: info@datenschutz-mv.de.